

MITTEILUNG

zum Covid-Fakten-Check Schweiz

Montag 25. November 2024

Bern, 25. November 2024 – **Das Drehbuch war perfekt: Eine „Pandemie“, die keine war, ein „Notstand“, der niemals existierte, und „Impfstoffe“, die mehr Schaden als Nutzen brachten.**

Letzten Freitag hat der Verein WIR zusammen mit der Vereinigung Bürger fragen nach das [Corona-Aufarbeitungsdossier Schweiz](#) veröffentlicht – ein Weckruf für alle, die noch immer glauben, es sei bei der „Pandemie“ um Gesundheit gegangen. Es ist höchste Zeit, den Vorhang zu lüften und zu zeigen, was wirklich hinter dieser globalen Inszenierung steckte: Macht, Kontrolle und Profit – auf Kosten unserer Freiheiten, unserer Rechte und unseres Vertrauens in unsere Volksvertreter.

Kernaussagen des Dossiers

1. **Keine Pandemie, kein Notstand:** Die Daten zeigen klar: Es gab weder eine Überlastung der Spitäler noch eine tödliche Bedrohung für den Durchschnittsbürger. Der Ausnahmezustand war ein politisches Werkzeug, kein medizinischer Imperativ. Analog der Situation in Deutschland (deutschen RKI-Leaks), wurde auch in der Schweiz die Gefahr bewusst aufgebauscht, um die Bevölkerung in Angst und Gehorsam zu halten.
2. **Grundrechte ausser Kraft gesetzt – ohne Grundlage:** Die „besondere Lage“ war ein Freibrief für politische Willkür. Juristisch fragwürdig, wissenschaftlich unhaltbar, aber politisch opportun – so wurden Lockdowns, Maskenpflicht und 2G-Regeln durchgesetzt, die unsere Gesellschaft spalteten und nachhaltig beschädigten.
3. **Impfstoff-Illusion:** Die mRNA-Impfstoffe boten weder Schutz vor Ansteckung noch Übertragung. Die Nebenwirkungen wurden verschwiegen, während die Schweiz durch geheime Verträge verpflichtet wurde, weiter zu impfen – egal, was die Wissenschaft sagt. Willkommen in der neuen Ära der Pharma-Diktatur.

Warum jetzt handeln?

- **IGV und Pandemieabkommen:** Die WHO plant bereits die nächste Runde: Pandemien sollen künftig auf Knopfdruck ausgerufen werden können, um der Pharmaindustrie konstante Milliardenprofite zu sichern. Mit den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) und dem geplanten WHO-Pandemieabkommen stehen unsere Freiheiten erneut auf dem Spiel.
- **Keine Aufarbeitung, keine Zukunft:** Während die Verantwortlichen bereits die nächste Krise orchestrieren, soll die Bevölkerung weiter in Unwissenheit gehalten werden. Doch wir sagen: Schluss damit! Die Wahrheit gehört auf den Tisch – nicht in den Giftschränk der Geschichte.
- **Für unsere Kinder:** Wenn wir jetzt schweigen, werden erst unsere Enkel erfahren, wie ihre Freiheit Stück für Stück verkauft wurde. Das darf nicht passieren.
„Die Pandemie diene als Testlauf, um den Grad der Unterwerfung und Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung auszuloten. In Zukunft geht es um die totale Kontrolle und Überwachung,“ sagt Christian Oesch, Präsident des Vereins WIR. „Mit diesem Dossier machen wir Schluss mit den Pandemie-Erzählungen und fordern eine echte Aufarbeitung. Denn nur die Wahrheit kann verhindern, dass dieser Wahnsinn wiederholt wird. Ist das so schwer zu verstehen?“

Das Corona-Aufarbeitungsdossier Schweiz – ein Appell zur Transparenz und zur Rückkehr zur Realität.

Der Weg zur Versöhnung beginnt mit Ehrlichkeit. Man kann nicht ewig die Augen vor der Realität verschliessen – irgendwann holt sie uns alle ein. Oder wollen diejenigen, die Teil dieser grossen Irreführung waren, die Wahrheit schweigend mit ins Grab nehmen? Sind wir unseren Kindern und Enkeln nicht die Wahrheit schuldig – für eine Zukunft, die nicht auf Geschichten basiert, auf die man sich geeinigt hat?

Jetzt lesen unter <https://www.vereinwir.ch/covid-fakten-check-schweiz/>

Kontakt für Rückfragen:

Christian Oesch, Präsident

Schweizerischer Verein WIR

«**WIR**» für **W**irksamkeit – **I**ntuition – **R**espekt

Politische Mitteilung & Aufklärung nach BV Art. 6. Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.

Das Verschicken von politischen Mitteilungen und Aufklärungen verlangt keine Einhaltung Spamvorschriften. Das UWG gilt gemäss der Rechtsprechung der Gerichte nur im Wirtschaftswettbewerb. Bundesamt für Kommunikation BAKOM